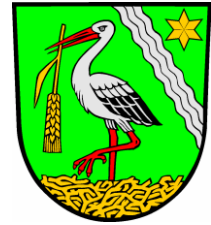


Pressemitteilung der Gemeinde Gerstungen

Gerstungen, den 18.04.2016



"Außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens"

Die im Rahmen des Verwaltungsrechtsstreits der Gemeinde Gerstungen vor dem Verwaltungsgericht Kassel bekannt gewordenen Vorgänge sprengen jedes Vorstellungsvermögen.

In dem Verfahren geht es um die sogenannte Übergangserlaubnis zur Versenkung für die K + S Kali GmbH bis zum 31.12.2016.

Die Staatsanwaltschaft Meiningen stellte dem Verwaltungsgericht Kassel Dokumente zur Verfügung, die bei den Durchsuchungen bei K+S im letzten September gefunden wurden. Die Anforderung des Gerichts wurde damit begründet, dass die Dokumente auch für die laufenden Verfahren relevant sein könnten.

Der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Alexander Reitingner wertete diese Dokumente sowie die zwischenzeitlich erteilte Akteneinsicht in die Verwaltungsakte des RP Kassel aus.

Es wurde aufgrund der vorliegenden Dokumente unter anderem die Kenntnis der Fach- und Rechtsabteilung von K+S sowie der Führungsetage des Konzerns von den Risiken der Versenkung einschließlich der Gefährdung der Trinkwasserversorgung belegt.

Ebenfalls wurde massive politische Einflussnahme nachgewiesen, um die von den Behörden erkannte fehlende Genehmigungsfähigkeit der Versenkung von Salzabwasser zu überwinden.

Erschreckend ist auch die Dokumentation unzulässiger Vorabsprachen von K+S-Mitarbeitern mit Sachverständigen, die von der Behörde bestellt wurden. Diese sollten eigentlich als unabhängige Gutachter die Sicherheit der Trinkwasserversorgung prüfen.

Doch es kommt noch viel schlimmer:

Die Auswahl der Standorte von Überwachungsmessstellen durch K+S erfolgte offenbar danach, an welcher Stelle am wenigsten mit Salzabwassernachweis gerechnet werden konnte. An einer Messstelle wurde jedoch massiv Salzabwasser nachgewiesen. Hier wollte ausgerechnet ein Vorstandsmitglied (!) der K+S AG vor der offiziellen Beprobung, Süßwasser in die Messstelle pumpen, um das Salzabwasser wegzudrücken.

In puncto K+S war man schon einiges gewohnt, aber das schlägt dem Fass dann doch den Boden aus!

Darüber hinaus gibt es auch in den aktuellen Verfahren Anhaltspunkte für erhebliche Manipulationen in den Verfahrensakten. Es verdichten sich die Hinweise, dass eine Art Parallelverfahren unter Mitwirkung des Hessischen Umweltministeriums installiert wurde, um sicherzustellen, dass Stellungnahmen von Fachbehörden nicht ungeprüft in die Verwaltungsakte gelangen. Offensichtlich wollten das Umweltministerium und das RP Kassel vermeiden, dass Stellungnahmen hessischer Fachbehörden zu Lasten der Versenkung dokumentiert werden.

Die gesamten Vorgänge sind außerhalb jeglichen rechtsstaatlichen Vorstellungsvermögens. Die Glaubwürdigkeit der Genehmigungsbehörde ist mehr als erschüttert und deshalb muss hier ein personeller Neuanfang stattfinden.

Dass K + S trotz eigener gegenteiliger interner Feststellungen entsprechend den nunmehr bekannt gewordenen Dokumenten die Trinkwassergefährdung weiter leugnet, ist bezeichnend. Es entsteht der Eindruck, dass die Konzernverantwortlichen unter erheblichen Realitätsverlust leiden.

Auch wenn die bisherigen Produktionspausen im Dezember 2015 und Ende März 2016 tatsächlich nicht auf einen behaupteten Entsorgungsnotstand beruhen können (leere Stapelbecken!), wird doch in den trockenen Sommermonaten mit erheblichen Entsorgungseinschränkungen zu rechnen sein.

Von einer neuen Versenkerlaubnis dürfte nunmehr nur noch die „alte Garde“ von K+S träumen.

Wie der Spiegel in seiner Ausgabe vom 16. April berichtet, treffen die Auswirkungen der Abwasserentsorgung von K+S auch die Stadt Heringen in bisher nicht bekanntem Maße. Warum hat man dort solange geschwiegen?

Es wird Zeit, dass endlich zukunftsfähige und rechtssichere Lösungen angegangen werden. Der 3-Stufenplan der Werra - Weser - Anrainerkonferenz mit

- der sofortigen Einstellung der Versenkung,
- dem Aufbau einer zeitgemäßen, rechtssicheren und Arbeitsplätze schaffenden rückstandsfreien Produktion sowie
- der Einstellung der Einleitung in die Werra ab dem Jahr 2021

bietet hier eine tragfähige Grundlage. Damit wird das Grundwasser nicht weiter verschlechtert, Werra und Weser zukünftig wieder tatsächlich zu einem Süßwasserfluss und die Produktion rechtskonform gesichert.

Es besteht Konsens bei den Gegnern der derzeitigen Entsorgungspraxis darüber, bis dahin vorübergehend eine Mehrbelastung der Werra in Kauf zu nehmen um die Kaliproduktion an den Standorten aufrechterhalten zu können.

Was selbst in den sogenannten Entwicklungs- bzw. Schwellenländer längst Umweltstandard ist, darf in Deutschland nicht unzumutbar sein.

Als kurzfristige und vorübergehende Lösungen kommen - wie seit langem von der Gemeinde Gerstungen gefordert und nunmehr auch von der Gewerkschaft der Lokführer vorgeschlagen – zusätzlich zum Beispiel die Laugentransporte mittels Bahn in Betracht.

Auch die Gewerkschaften und Betriebsräte müssen sich endlich für zukunftsfähige Lösungen einsetzen. Die Unterstützung von frühkapitalistischer Umweltpolitik wird die Arbeitsplätze nicht erhalten, sondern vernichten.

Werner Hartung
Bürgermeister

Weitere Informationen finden Sie auf

